

Büro Hans-Dietrich Genscher

Rede

von Bundesminister a. D. Hans-Dietrich Genscher

anlässlich

Buchvorstellung „Vom Recht der Menschenwürde 60 J. Inkrafttreten der
Europäischen Menschenrechtskommission“ auf Einl. BMJ

am 26.06.2013

in Berlin

Sperrfrist: Redebeginn!!!

Es gilt das gesprochene Wort!

Büro Hans-Dietrich Genscher

Rede

von Bundesminister a. D. Hans-Dietrich Genscher

anlässlich der Buchvorstellung

„Vom Recht der Menschenwürde 60 J. Inkrafttreten der Europäischen

Menschenrechtskommission“

am 26. Juni 2013

in Berlin

Sperrfrist: Redebeginn!!!

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Frau Bundesministerin,
meine sehr verehrten Damen, meine Herren,

60 Jahre Europäische Menschenrechtskonvention.

Demnächst werden wir dieses Jubiläum begehen können.

Ihnen, Frau Bundesministerin, verdanken wir die Initiative, für die Publikation unter der Überschrift „Vom Recht auf Menschenwürde“, die Sie heute als Herausgeberin vorlegen.

Besonders berührt hat mich Ihre Entscheidung bei der Auswahl des Ortes, in der das Buch über Menschenrechte vorgestellt werden soll.

In einer Zeit, in der Währungsprobleme, in der Finanzprobleme, in der Marktordnungen den Kern der europäischen Einigung auszumachen scheinen, in einer Zeit, in der manche Europa als Profitgemeinschaft missverstehen und, und wenn kein Profit erzielt wird, dann Europa lieber fallenlassen - in einer solchen Zeit führt uns diese Publikation hin zu dem Kern Europas.

Hin zu dem, was Europa ausmacht für uns Europäer, im Grunde für die ganze Welt. Es war Winfried Hassemer, der vor einigen Jahren die Frage nach der Seele Europas stellte.

Hier haben wir sie.

Das ist es, was Europa in seinem Innersten bedeutet.

Die Achtung der Menschenwürde und des Menschenrechts und ihr Schutz.

Wenn man heute die Frage stellt, was haben wir erreicht mit der europäischen Einigung nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, dann lautet in der Regel die Antwort: Krieg zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union, Krieg zwischen unseren Völkern ist undenkbar geworden.

Das ist wahrlich viel nach einer jahrhundertelangen blutigen europäischen Geschichte, aber es ist bei weitem nicht alles.

Ja, es ist nicht einmal das Grundlegende, sondern es ist die Folge von etwas Grundlegendem.

Es ist das Ergebnis eines Europas der Menschenwürde und der Menschenrechte.

Nur dort, wo sie gelten, Menschenwürde und Menschenrecht, Freiheit und Demokratie kann Frieden auf Dauer gesichert werden. Das oft leichtfüßig gebrauchte Wort von der Stabilität täuscht leicht darüber hinweg, dass wirkliche Stabilität nur aus dem frei geäußerten Willen der Bürgerinnen und Bürger entstehen kann. Fehlt es daran, dann kann solche vermeintliche Stabilität sich leicht als brüchig erweisen.

Die jüngste Vergangenheit hält dafür zahlreiche Beispiele bereit. Wir Europäer können heute sagen: Bei uns gibt es nicht nur die „Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und der Grundfreiheiten“, es gibt auch einen Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, der die Einhaltung dieser Konvention garantiert.

Das ist gut für Europa.

Es ist aber auch der Beitrag Europas zu einer neuen Weltordnung, in der nicht mehr das Recht des Stärkeren gilt, sondern die Stärke des Rechts.

In der Präambel der Europäischen Menschenrechtskonvention wird festgestellt, dass die von der Konvention garantierten Rechte „die Grundlage der Gerechtigkeit und des Friedens in der Welt“ sind.

So wurde aus dem Traum vieler Menschen für Europa eine Realität, aber wir Europäer dürfen das nicht als Privileg für uns oder für die westliche Staatengemeinschaft betrachten, sondern wir sehen darin das Ideal für die gesamte Menschheit.

Die Frage nach der globalen Gültigkeit der Menschenrechte und ihre Durchsetzung beschäftigt immer wieder die internationale Diskussion und ganz besonders uns Deutsche, die nach allem, was in der Zeit des Dritten Reiches an Schrecklichem geschehen ist, bei dem Schutz von Menschenrecht und Menschenwürde eine besondere Sensibilität zeigen.

Der Wirkung des Menschheitsverbrechens Holocaust kann sich niemand entziehen. Natürlich spielt auch eine Rolle die Verletzung von Rechtsstaatsnormen in der DDR. Heinrich August Winkler stellt in seiner jüngsten Publikation „Das Beste vom Westen“ unter der Zwischenüberschrift „Um was es geht“ folgendes fest: „Menschenrechte, nur für Europäer und Amerikaner?

Nein, sie gelten überall – auch wenn das nicht allen passt“.

Wie wahr!

Das Gegenteil ist immer wieder vertreten worden mit den unterschiedlichsten Argumenten.

Ich selbst habe das erfahren, als ich in den 70er und 80er Jahren vor den Vereinten Nationen immer wieder Freiheit für Nelson Mandela forderte.

Oder als ich zusammen mit anderen in der damaligen Europäischen Gemeinschaft einen sogenannten „Code of Conduct“ durchsetzte, der EG-Unternehmen verpflichtete, in ihren Unternehmen in der Republik Südafrika keine Rassendiskriminierung zu praktizieren.

Auch in der Diskussion über die deutsche Entspannungspolitik nach Osten spielte das Thema eine Rolle.

Als ich im September 1980 vor den Vereinten Nationen die Einrichtung eines Menschenrechtsgerichtshofes für die Vereinten Nationen forderte hatte ich mit heftigem Widerstand aus Moskau und aus Ost-Berlin gerechnet. Dass ich auch in der Bundesrepublik Deutschland der Gefährdung der Entspannungspolitik geziehen würde, überraschte mich dann doch.

Das umso mehr, als fünf Jahre vorher die Schlussakte von Helsinki unterzeichnet worden war.

Darin wurden die Bürger- und Freiheitsrechte nicht nur verankert, sondern durch die regelmäßig stattfindenden Überprüfungskonferenzen wurde die Möglichkeit eröffnet, vor dem Forum der Konferenz Defizite bei der Umsetzung gemeinsam übernommener Verpflichtungen anzumahnen und ihr Fehlen zu kritisieren.

Das war es ja gerade, was an dem KSZE-Prozess so faszinierte.

Als ich mich schon in der Mitte der 60er Jahre als erster Abgeordneter des Deutschen Bundestages für die deutsche Teilnahme an einer solchen von Moskau initiierten, damals noch von anderen Zielen bestimmten Konferenz einsetzte, tat ich das in der Absicht, diese Konferenz dafür zu nutzen, durch die Verständigung über gemeinsame Ziele eine systemöffnende Wirkung zu entfalten.

Zu den heute kaum glaublichen Fehleinschätzungen jener Zeit gehörte es, dass diese Überprüfungskonferenzen nicht etwa vom Westen vorgeschlagen wurden sondern von Moskau und dass andererseits dieser Vorschlag von den meisten westlichen Staaten zunächst abgelehnt wurde.

Moskau erkannte nicht die Gefahren, die in der Erörterung von Vollzugsdefiziten für seine Interessen lagen und viele im Westen sah nicht die Chancen, die sich daraus für die Durchsetzung der Menschenrechte ergaben.

In der Debatte über die Frage, ob es sich bei dem Schutz von Menschenrecht und Menschenwürde um ein spezifisch westliches Anliegen handelt – obwohl sich die Vereinten Nationen schon in den 40er Jahren für alle Staaten der Welt dazu bekannt haben - wird übersehen, dass mit dem Eintritt in die Informationsgesellschaft eine neue mehr und mehr globale Bewusstseinslage entsteht.

Die Herrschaft über die Information war für die autoritären Systeme der Vergangenheit ein wichtiges Herrschaftsinstrument.

Weltweiter Zugang zu allen Informationen hat ihnen dieses Herrschaftsinstrument aus der Hand geschlagen.

Das mussten schon die Herrschenden der sozialistischen Staaten Europas erfahren. So erging es auch den Diktaturen in Lateinamerika und auch in Afrika.

Wenn man bedenkt, dass seit dem Ende des Kalten Krieges mehr als 20 Jahre vergangen sind, dass heute ganz andere Möglichkeiten, nicht nur der Information sondern der Kommunikation bestehen, dann wird jeder erkennen, dass der Wille der Menschen heute mehr und gerichtet ist auf personale Selbstbestimmung und auf Freiheit der Meinungsäußerung.

Der Anspruch auf Mitwirkung und auf Mitentscheidung klopft an das Tor aller, die das heute ihren Völkern noch verweigern.

Die Kraft dieser nun globalen Bewegung ist unaufhaltsam.

In der menschenrechtlich bestimmten Politik der Vergangenheit trat zu dem Bemühen um Hilfe für Verfolgte und Unterdrückte durch humanitäre Initiativen zunehmend, wie im KSZE-Prozess geschehen, das Bemühen um systemöffnende Kooperation.

Das heißt nicht Abbruch sondern Nutzung bestehender Beziehungen und auch gemeinsamer nationaler Interessen, bis hin zu Abrüstung und Friedenssicherung zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, Bekämpfung von Krankheit, Hunger, Not und Unwissenheit.

Das Ergebnis bei der Überwindung der Spaltung Europas kann sich sehen lassen.

Es war ein Gesamtkonzept systemöffnender Kooperation und gleichzeitig immer neuer humanitärer Initiativen für Einzelpersonen und Gruppen, die der Verfolgung ausgesetzt waren oder aber die unter den Bedingungen eines diktatorischen Systems nicht mehr leben wollten, wie das bei den Ausreisewilligen aus der DDR

aber auch aus der Sowjetunion und anderen sozialistischen Staaten der Fall war.

Es ging aber auch um die Ermutigung von Menschen die aufstanden für Freiheit und Menschenrechte.

Was das bedeutet, habe ich mit Walter Scheel 1968 bei einem Besuch in Prag bei den Akteuren des sogenannten „Prager Frühlings“ erfahren.

Ich will offen bekennen, dass von allen Auszeichnungen, die ein Außenminister in seiner Amtszeit sozusagen kraft Amtes empfängt, mich am tiefsten berührt hat der Empfang der Plakette am 03. Oktober 2005 aus der Hand von Lech Walesa für meine Unterstützung für Solidarnosc in der Zeit der Bedrängnis und der Verfolgung.

Die Erfahrungen, die wir im Rahmen der KSZE, in den Vereinten Nationen und in deren Menschenrechtsausschuss machen konnten, zeigen, die Kritik, die nicht einäugig, sondern objektiv vorgebracht wird, ist die wirkungsvollste.

So müssen wir als Europäer darauf achten, dass unser Grundverständnis von Europa als einer Gemeinschaft der Achtung der Menschenrechte nicht unglaublich wird, wenn wir Fehlentwicklungen im eigenen Bereich oder bei Freunden übersehen.

Sie, Frau Bundesministerin, haben mit Ihrer jüngsten klaren Stellungnahme zu den Ausforschungsaktivitäten von Diensten befreundeter Staaten erneut unter Beweis gestellt, dass für Sie die Einhaltung der Grundregeln eines freiheitlichen Rechtsstaates der allein gültige Maßstab ist.

Ich ermutige Sie, schreiten Sie auf diesem Wege entschlossen fort.

Das Buch, das hier heute der Öffentlichkeit vorgestellt wird, ist ein umfassendes Bekenntnis zu Freiheit, zu Menschenrecht und Menschenwürde.

Es gibt Beispiel, es ruft uns auf zur Wachsamkeit.

So wie Gerhard Baum unlängst einen von ihm veröffentlichten Aufsatz überschrieb: „Wacht auf, es geht um die Menschenwürde“.

Meine Damen und Herren, in einer Weltnachbarschaftsordnung ist jeder Jedes anderen Nachbarn, auch, wenn man keine gemeinsame Grenze hat.

Nur in einem Grundverständnis globaler Verantwortungspolitik können wir in der enger zusammenwachsenden und von einander abhängigen interdependenten Welt den Frieden bewahren und die globalen Herausforderungen bewältigen.

Die europäischen Völker, die sich für immer zusammengefunden haben, nicht irgendwie, sondern auf der Grundlage der gemeinsamen Werte tragen dabei eine besondere Verantwortung. Sie können von sich behaupten, die Grund- und Freiheitsrechte in einmaliger Weise nicht nur zu statuieren, sondern auch zu schützen.

Die unmenschliche Todesstrafe ist in allen Mitgliedstaaten des Europarates abgeschafft.

Der Europäische Menschenrechtshof wacht über die Einhaltung der übernommenen Verpflichtungen.

Das muss in jede Richtung geschehen.

Aber wir dürfen uns nicht von den Feinden unserer freiheitlichen Ordnung dazu verleiten lassen, bei ihrer Bekämpfung unsere innere Liberalität zu verletzen.

Unser Land stand in den 70er Jahren vor der Herausforderung eines mordenden deutschen Terrorismus.

Wir haben diese Herausforderung bestehen können, weil wir die Erwartungen der Terroristen, wir könnten bei ihrer Bekämpfung die innere Liberalität des Landes beschädigen, nicht entsprochen haben.

Am Ende hat sich unsere freiheitliche Ordnung durchgesetzt, weil wir an unseren Grundprinzipien festhielten und damit den Terroristen ihre Basis entzogen.

Was damals richtig war, kann heute nicht falsch sein.

Meine sehr geehrte Damen und Herren,

das Buch, das von Frau Leutheusser-Schnarrenberger herausgegeben wird, gehört vor allem in die Hand derjenigen, die glauben, dass man neuen Herausforderungen am besten mit altem Denken begegnet.

Die beste Maxime aber, nicht nur für unser Land, sondern für unser Europa und für die ganze Menschheit finden wir in dem wunderbaren Satz unseres Grundgesetzes „Die Würde des Menschen, das heißt jedes Menschen, ist unantastbar“.

Text der Rede, wie sie gehalten wurde.